Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 30 (1951)
Heft: 5

Artikel: Probleme der Landwirtschaft und der Ernährung : europäisch gesehen
Autor: Oettli, Mascha
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-336581

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ROTE REVUE

30. Jahrgang MAI 1951 Heft 5

MASCHA OETTLI

Probleme der Landwirtschaft und der Ernährung — europäisch gesehen

Noch ist der Schuman-Plan zur Vereinheitlichung des europäischen Marktes für Kohle und Stahl nicht «trocken», das heißt von den Parlamenten nicht ratifiziert und in Kraft gesetzt, und schon sprossen wie Pilze weitere Pläne aus dem Boden: diesmal auf dem Gebiet der *Landwirtschaft.* Vom französischen Landwirtschaftsminister stammt der Pflimlin-Plan, vom holländischen Ernährungs- und Landwirtschaftsminister, einem Sozialisten, der Mansholt-Plan; ein englischer Konservativer verfaßte den Eccles-Plan. Dem Straßburger Europarat unterbreitete René Charpentier einen nach ihm benannten Bericht.

Die Gedanken, von denen diese Pläne ausgehen — so verschieden sie im einzelnen sind —, decken sich weitgehend mit einem Vorschlag des Exekutivkomitees der OEEC vom Juni 1950: Durch die Schaffung eines organisierten, vereinheitlichten europäischen Marktes für landwirtschaftliche Produkte soll dem heutigen unbefriedigenden Zustand abgeholfen werden, daß auf der einen Seite große Bevölkerungsgruppen ungenügend ernährt, und anderseits in gewissen Ländern schon wieder schwer verkäufliche Überschußmengen an Nahrungsmitteln vorhanden sind. Die Vereinheitlichung des Marktes soll einen dreifachen Vorteil bringen: Die verschiedenen Länder — so wird erklärt — könnten sich auf *die* Produkte konzentrieren, die ihren besonderen Bedingungen, namentlich den klimatischen, am besten entsprechen, wodurch eine Senkung der Produktionskosten möglich würde. Da in den westeuropäischen Ländern, als Ganzes betrachtet, die Produktion für jede Ware in der Regel unter dem Bedarf liegt, sollte es praktisch keine Überschüsse mehr geben, und es wäre möglich, die Stabilität der landwirtschaftlichen Preise zu sichern. Diese Preisstabilität würde die Bauern anregen, ihre Produktion zu

steigern, so daß Europa weniger abhängig wäre von anderen Gebieten, insbesondere von den USA.

Bereits hat der Generalsekretär des Europarates auf Wunsch der französischen Regierung den Pflimlin-Plan in Form eines Memorandums den Regierungen der verschiedenen Länder Westeuropas zugestellt mit der Frage, ob sie bereit wären, sich an einer Konferenz vertreten zu lassen, an der die Grundlagen einer neuen Landwirtschaftsorganisation besprochen werden sollen. Auch die Schweiz erhielt eine Einladung. Beim Schreiben dieser Zeilen liegt noch kein Beschluß des Bundesrates vor, ob er sie annehmen wird oder nicht. Das Schweizerische Bauernsekretariat hat in der Mai-Nummer der «Schweizerischen Bauernzeitung» gegen den Anschluß der Schweiz an eine solche Organisation verschiedene schwerwiegende Bedenken geäußert.

Wie stehen Sozialisten zu diesen Plänen?[1]

Die Ausgangslage, die Tatsachen, sind unbestritten: In Europa sind zahlreiche Bevölkerungskreise schlecht ernährt, ja unterernährt. Noch schlimmer ist der Zustand in gewissen außereuropäischen Gebieten, zum Beispiel in Asien. Mehr als die Hälfte der Menschheit lebt heute in Armut und Not. In den reichen, wirtschaftlich fortgeschrittenen Ländern beträgt das durchschnittlich zu erwartende Lebensalter 70 Jahre, in den wirtschaftlich zurückgebliebenen Ländern nicht mehr als 33. In England sterben 32 Kinder von 1000 vor Erreichung des ersten Lebensjahres, in Indien 150, in Ägypten sogar 170. Diese Unterschiede sind in erster Linie auf die verschiedene Ernährungslage zurückzuführen: In Indien und Pakistan entfallen auf den Kopf der Bevölkerung pro Tag nur halb so viele Kalorien wie zum Beispiel in England und den USA. Noch größer sind die Unterschiede in bezug auf das für die Gesundheit wichtige tierische Eiweiß: In den USA beträgt der durchschnittliche Konsum pro Tag 60,3 g, in China 4,5 g, in Indochina 4,7 g und in Indien nur 4 g. — So sieht die Welt heute aus!

Angesichts dieser Tatsachen drängt sich als erstes Ziel einer sozialistischen Agrarpolitik die *Hebung des Ernährungszustandes* der Bevölkerung auf. Dazu bedarf es sowohl innerhalb wie außerhalb Europas

einer Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion.

---

[1] Ende April tagte in Sonloup ob Montreux die Wirtschaftsexpertenkommission der COMISCO, um über Fragen der Integrierung der europäischen Landwirtschaft zu sprechen. Der vorliegende Aufsatz wurde im Anschluß an diese Diskussionen geschrieben, ohne jedoch ein eigentliches Resümee derselben darzustellen.

Denn wir können als Sozialisten nicht ein Programm aufstellen, das wohl für die europäische Bevölkerung eine gute Versorgung mit Lebensmitteln vorsieht, jedoch unter Zuhilfenahme von Agrarexporten aus Ländern, in denen die Einheimischen selber Hunger leiden und mit fortschreitendem nationalem Selbstbewußtsein größere Teile der Erzeugung für sich selber behalten werden. Die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion ist um so dringender, als sich die Bevölkerung der Erde heute in raschem Ausmaß vermehrt, in Europa allein um 10 Prozent seit 1938.

Beschränken wir uns bei den weiteren Überlegungen auf Europa und stellen wir die Frage: Kann die landwirtschaftliche Produktion in Europa erhöht werden, und zwar ohne daß die Preise steigen, denn bei zu hohen Preisen würde das erstrebte Ziel einer Verbesserung der Ernährung aller Bevölkerungsschichten nicht erreicht? Es kommt auch darauf an, daß die nötige Kaufkraft für die Produkte vorhanden ist.

Die Erhöhung der Produktion muß in erster Linie durch eine *Verbesserung der landwirtschaftlichen Technik und der Arbeitsmethoden* vollbracht werden. Daß hier — europäisch gesehen — noch viel getan werden kann, zeigt ein Vergleich des Hektarertrages in den verschiedenen Ländern. Betrug dieser zum Beispiel nach Angaben der OEEC (in «Getreidewerten» ausgedrückt) in der Vorkriegszeit in den Beneluxländern rund 35, in Dänemark und der Schweiz über 27, in Westdeutschland 26, in Norwegen 23, in Großbritannien rund 20 und in Schweden 17, so sinken die entsprechenden Zahlen gegen Süden Europas zu rasch ab. Österreich zeigt noch einen Ertrag in «Getreidewerten» ausgedrückt von 14,6 pro Hektare, Frankreich von 12,9, die Türkei und Italien einen solchen zwischen 11 und 12 und Griechenland von rund 9.

Zahlen über die Hektarerträge geben allerdings noch kein Bild über die *Produktivität* der Landwirtschaft, und auf die kommt es zur Erreichung einer großen Erzeugung zu niedrigen Preisen an. Vergleicht man die Leistungsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe Europas nach dem Ertrag pro Kopf der landwirtschaftlichen Bevölkerung, so ergeben sich noch markantere Unterschiede. Während in Großbritannien auf einen Angehörigen der landwirtschaftlichen Bevölkerung eine Erzeugung von über 9000 Getreidewerten entfällt, beträgt die entsprechende Zahl in Dänemark 8000, in den Beneluxstaaten und in Westdeutschland rund 5000, in der Schweiz 4000, in Frankreich 3000, in Italien 1000, in Portugal und Griechenland sogar unter 1000.— Gewiß sind Verschiedenheiten des Klimas und des Bodens für diese Unterschiede mitverantwortlich. Doch sind diese so groß, daß der OEEC-Bericht — zweifellos mit Recht — in seinem Kommentar zu diesen Zahlen die Ansicht

ausdrückt, daß es naheliege, den Stand der landwirtschaftlichen Technik für diese Unterschiede *für entscheidend* zu halten[2].

Nicht nur in Südeuropa könnte die landwirtschaftliche Produktion gesteigert werden, selbst in landwirtschaftlich fortschrittlicheren Ländern wie in Holland (und auch in der Schweiz) bestehen noch große Unterschiede zwischen dem Milchertrag einer Kuh in Versuchsanstalten und in durchschnittlichen Bauernbetrieben.

Die Rückständigkeit der Landwirtschaftstechnik hängt in manchen Gebieten Europas eng zusammen mit dem *vorherrschenden Eigentumssystem am Boden.* Wo durch Großgrundbesitzer ein derartiger politischer und sozialer Druck auf die übrige Bevölkerung ausgeübt wird, daß ein wirtschaftlicher Fortschritt nicht möglich ist, bildet eine *Landreform,* eine andere Verteilung des Grundeigentums, die erste Voraussetzung für befriedigende Zustände. In anderen Ländern, wo die zu starke Aufteilung des Bodens und eine übertriebene Parzellierung der einzelnen Betriebsflächen die Anwendung rationeller Bewirtschaftungsmethoden hindern, wird eine Steigerung der Produktivität erst nach Durchführung einer Flurbereinigung und Güterzusammenlegung möglich sein.

Eine weitere wichtige Voraussetzung für eine gesteigerte Produktivität der Landwirtschaft liegt in der *Sicherung des Absatzes* der landwirtschaftlichen Produkte zu genügenden Preisen. Zu oft haben die Bauern die Erfahrung gemacht, daß bei gesteigerter Produktion der Absatz fehlt und ihre Mühen umsonst waren. Hier zeigt sich die Bedeutung einer *Vollbeschäftigungspolitik,* die eine stabile und hohe Kaufkraft der Masse der Konsumenten sichert, so daß auch der Absatz der landwirtschaftlichen Produkte und damit das Einkommen der Bauern stabil wird. Eine solche Sicherung der Stabilität der landwirtschaftlichen Einkommen ist neben der Versorgung der Konsumenten mit genügend Nahrungsmitteln ein entscheidendes Ziel sozialistischer Agrarpolitik. Daß auch dieses Ziel noch nicht erreicht ist, zeigen die heutigen Absatzsorgen der Bauern: In der Schweiz droht eine Milchschwemme, in Schweden eine Überfüllung der Butterlager. Diese Absatzsorgen sind es, die es nahelegen, die europäische Landwirtschaft planmäßig zu organisieren. Dabei ist jedoch *realistisch* vorzugehen. Noch so imposante Pläne, solange sie nicht verwirklicht werden können, nützen nichts. Realistisch vorgehen heißt hier, neben der wirtschaftlichen auch die politische Seite des Problems betrachten. Es muß berücksichtigt werden, daß in den einzelnen europäischen Ländern

---

[2] Die hier zitierten Zahlen sind einem Manuskript von Peter Quante entnommen, das demnächst vom Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel veröffentlicht wird.

heute recht verschiedene Methoden der Wirtschaftsgestaltung angewandt werden, daß wir Arbeiterregierungen haben und anderseits Regierungen, in denen Bürgerliche allein oder fast allein herrschend sind. Es wäre utopisch, wollte man — allein weil es wirtschaftlich zweckmäßig wäre — diese politischen Unterschiede übersehen. Es wäre unrealistisch, annehmen zu wollen, ein Land wie England wäre bereit, auf einen Teil wichtiger Souveränitätsrechte zu verzichten zugunsten einer europäischen «hohen Behörde», von der — angesichts der Zusammensetzung der einzelnen Regierungen — absolut nicht feststeht, ob sie eine fortschrittliche Politik treiben würde. Eine «hohe Behörde», in der die bürgerlichen Regierungen in der Mehrzahl sind, könnte sehr wohl eine Agrarpolitik verfolgen, die zum Beispiel zuwenig Rücksicht auf die Konsumenten und die Sicherung der Vollbeschäftigung nimmt. Ohne England, das Hauptabnehmerland für landwirtschaftliche Erzeugnisse, hätte eine «Integrierung» des europäischen Marktes für landwirtschaftliche Produkte jedoch wenig Sinn. Bevor eine europäische Behörde geschaffen werden kann, an die wesentliche Souveränitätsrechte der einzelnen Staaten abgetreten würden, müssen gewisse Bedingungen erfüllt werden. Anders gesagt, man wird schrittweise vorgehen müssen; die Schaffung einer «hohen Behörde» für die europäische Landwirtschaft, wie sie zum Beispiel der Pflimlin-Plan vorsieht, wäre erst die oberste Stufe der Leiter. Zuvor kämen andere Schritte: Nötig und möglich wäre heute schon die *Errichtung einer europäischen landwirtschaftlichen Organisation,* der folgende Aufgaben übertragen würden:

Den Mitgliedstaaten zu helfen, die *Produktivität ihrer Landwirtschaft zu heben,* sei es durch Austausch von Informationen über das Ausmaß des Anbaus, über neue technische Methoden usw. Die europäische Organisation könnte selber Forschungsarbeit leisten oder mit Hilfe der bestehenden nationalen Institutionen gewisse allgemein interessierende Fragen abklären.

Die europäische landwirtschaftliche Organisation sollte einen *europäischen Beratungsdienst* organisieren.

Sie sollte, wo nötig, einheitliche *Richtlinien* aufstellen für die *Bekämpfung von Schädlingen und Tierseuchen* und gegebenenfalls eine solche Bekämpfung auf europäischem Boden organisieren.

Sie sollte *Berichte* ausarbeiten sowie *Empfehlungen und Entwürfe für Abkommen* sowohl auf wirtschaftlichem wie auf technischem Gebiet, die den Mitgliedstaaten unterbreitet würden.

Als weitere wichtige Aufgabe sollte die europäische landwirtschaftliche Organisation als eine Art *Clearing-Stelle* zwischen *den bestehenden Marktorganisationen* der Mitgliedstaaten funktionieren, um auf dem Weg von Warenabkommen und einer zweckmäßigen Lagerpolitik einen Ausgleich zwischen

Export- und Importnotwendigkeiten der verschiedenen Mitgliederländer zu finden. Alle Länder mit Importbedarf würden diesen der Clearing-Stelle melden, ebenso die Länder mit einem Überschuß an landwirtschaftlichen Produkten. Auf Grund dieser Angaben würden dann die einzelnen Länder Handelsabkommen abschließen, bilateral oder wenn möglich multilateral.

Die europäische landwirtschaftliche Organisation sollte zudem eine *Vereinheitlichung der Marktregulierungen* der einzelnen Länder vorbereiten.

Sie sollte einen *Fonds* schaffen, aus dem kapitalschwachen Ländern *Kredite* gewährt werden könnten für bestimmte nötige Investitionen auf dem Gebiet der Landwirtschaft.

In einem späteren Zeitpunkt wird es eventuell möglich sein, daß sie selber (oder durch Beauftragung eines Landes) als *gemeinsame Einkaufsstelle für nicht-europäische Agrarprodukte dient.*

Wichtig wird sein, daß sie die Möglichkeit hat, *Berichte und Statistiken zu veröffentlichen* ohne die vorherige Einholung der Genehmigung jedes einzelnen Mitgliedstaates (ein Verfahren, das die Berichterstattung der OEEC wesentlich hindert).

Die für die Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen *Finanzen* würde die europäische landwirtschaftliche Organisation durch Beiträge der verschiedenen Mitgliedstaaten erhalten.

Auf diese Weise könnte den beiden Zielen einer sozialistischen Agrarpolitik näher gekommen werden: die Konsumenten mit den nötigen Nahrungsmitteln zu versorgen und gleichzeitig den Produzenten den Absatz zu genügenden Preisen zu sichern. Die Wirtschaft der europäischen Staaten würde enger zusammengeschlossen, ohne daß die einzelnen Staaten heute schon wesentliche Teile ihrer Souveränitätsrechte aufgeben müßten.

Ist dieser erste Schritt erfüllt, aber erst dann, könnte weitergegangen werden in Richtung auf die Übertragung gewisser Souveränitätsrechte auf eine europäische Organisation. Dazu müßten jedoch, wie bereits gesagt, gewisse *Bedingungen* erfüllt sein: Alle Mitgliedstaaten müßten auf dem Boden einer *expansiven Vollbeschäftigungspolitik* stehen. Zweitens müßten genügend *demokratische Kontrollmöglichkeiten* über die Tätigkeit der internationalen Behörde vorhanden sein, und drittens müßte gesichert werden, daß jeder Mitgliedstaat über so viel *Kontroll- und Eingriffsmöglichkeiten* in die eigene Wirtschaft verfügt, daß europäisch beschlossene Maßnahmen tatsächlich durchgeführt werden können. Für eine Vereinheitlichung des Marktes für landwirtschaftliche Erzeugnisse wäre zudem als weitere Vorbedingung eine gewisse *Angleichung preisbestimmender Faktoren,* wie zum Beispiel der Löhne, der Bodenpreise sowie der gesamten Agrarpolitik der Mitgliedstaaten

notwendig. Ein Land, welches das Futtergetreide an der Grenze mit Abgaben belastet, wird nie landwirtschaftliche Veredelungsprodukte zum gleichen Preis liefern können wie Staaten, die keine Zuschläge auf importierte Futtermittel erheben, sondern im Gegenteil diese von Staates wegen eventuell sogar verbilligen.

Aus dem Vorschlag eines solchen schrittweisen Vorgehens ergibt sich zugleich die Stellungnahme zu den anfangs erwähnten Plänen. Soweit diese jetzt schon die Schaffung einer «hohen europäischen Behörde» für die Landwirtschaft vorschlagen, analog derjenigen des Schuman-Planes, wird dieser Vorschlag heute nicht realisierbar sein, sondern höchstens als letzte Etappe des von uns vorgezeichneten schrittweisen Vorgehens. Das gleiche trifft zu für die in den Plänen vorgesehene Vereinheitlichung des Marktes und die Festsetzung eines europäischen Preises für einzelne wichtige Landwirtschaftsprodukte, wobei die Differenz zwischen diesem europäischen Preis und den in den einzelnen Ländern tatsächlich gültigen Preisen in einen europäischen Fonds einzuzahlen wäre. Auch dieser Vorschlag kann erst nach Erfüllung zahlreicher Vorbedingungen in Erwägung gezogen werden.

Man mag einwenden, daß ein schrittweises Vorgehen, wie wir es allein als möglich ansehen, den für wirtschaftliche Fortschritte mitreißenden Schwung lähmt, daß darum mutigere, großzügigere Pläne heute notwendig sind. Dieses Argument kann uns jedoch nicht überzeugen: uns scheint wichtiger und verantwortungsbewußter, praktische Schritte ins Auge zu fassen und sich auf eine Aufgabe zu konzentrieren, die sich verwirklichen läßt, statt mutige und großzügige Pläne zu entwerfen, die das Stadium des papiernen Daseins in absehbarer Zeit nicht überschreiten werden. Besonders in der Schweiz, wo die Produktionskosten vieler landwirtschaftlicher Güter und deren Preise 30 bis 100 Prozent über denjenigen anderer europäischer Länder liegen, haben wir allen Anlaß, auch als Sozialisten realistisch zu bleiben und uns an das politisch Erreichbare zu halten.